

BürgerInnenbrief **Mitte**

14. Dezember 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Im Casino +++ Streichkonzert +++ Schwimmen lernen +++ Wem gehört die Stadt? +++ Linkssozialismus +++ Marx

Das Personal im Finanzcasino



Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der HSH und ehemalige Finanzsenator Peiner

Bekanntlich bin ich Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur HSH Nordbank. Aufgeklärt werden soll, wer für die massiven Verluste in Höhe von 2,8 Milliarden Euro verantwortlich war. Konkret: Es geht um den Vorwurf der Aufhübschung der Bilanz für das Geschäftsjahr 2007 – bereits ein Jahr vor dem Krisenreigen der weltweiten Finanzinstitute ist es also möglicherweise nicht rechtmäßig in der Bank zugegangen.

Die HSH Nordbank ist durch die Fusion der Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein entstanden. Für das fusionierte Institut wurde durch entsprechende Vorgaben aus der Politik eine Veränderung der Geschäftsstrategie festgelegt: Abkehr von der vorrangigen Ausrichtung auf Gemein-

wohlaufgaben und Entwicklung zu einer Kapitalmarktbank. Die Bank sollte dabei sein und mitverdienen im großen Casino auf den Finanzmärkten.

Die Politik der Öffnung gegenüber dem Kapitalmarkt war in den Boomjahren der Finanzmärkte von 2004 bis 2006 erfolgreich und ist im Zusammenhang der globalen Finanzkrise dann gründlich gescheitert. 2007 kippte die Entwicklung, und Ende 2008 war die Bank insolvent. Um die wirtschaftliche Existenz zu sichern, wurde bei weitgehender Unklarheit über die weitere Geschäftsstrategie durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg neues Eigenkapital in Höhe von drei Mrd. Euro zugeführt und Garantien in Höhe von zehn Mrd. Euro bereitgestellt.

Für dieses weitreichende Engagement, das für Hamburg und Schleswig-Holstein mit existenzgefährdenden Risiken verbunden ist, bedurfte es erstens einer verantwortungslosen Blindheit gegenüber dem tatsächlich bei der Bank bestehenden Abschreibungsbedarf und zweitens einer illusionären Erwartung in die »Kerngeschäftsfelder« Schiffbau- und Luftfahrtfinanzierung - Bereichen also, die der erste Bürgermeister gerade in einem Interview mit der Hamburger Morgenpost als durch die Wirtschaftskrise besonders gebeutelte und gefährdete »wirtschaftliche Säulen der Stadt« beschrieben hat.

Ein erster Höhepunkt im Ausschuss war die Befragung des früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrates der HSH Nordbank Dr. Wolfgang Peiner. Peiner war zuvor von 2001 bis 2006 Bundesschatzmeister der CDU (nach der Parteispendenaffäre), und gehörte als Finanzsenator im gleichen Zeitraum dem Hamburger Senat an. Peiner wollte die HSH Nordbank an die Börse bringen. Rückblickend ist Herr Peiner selbstkritisch: Ja, es habe Fehler im Aufsichtsrat gegeben. Man hätte schon viel früher das überdimensionierte Wertpapierportfolio zurückfahren müssen, »das hätten wir als Aufsichtsräte sehen müssen«. Aber Schuld an der Misere, so sagt Peiner, habe nicht der Aufsichtsrat und er selbst schon gar nicht: »In den zwei Jahren, in denen ich Aufsichtsratschef war, habe ich keine Fehler gemacht.« Im Gegenteil: Er sei es gewesen, der die Bank im Frühjahr 2008 mit einer neuen Strategie »wetterfest« gemacht habe. Und er habe schon im September auf einen Abbau des »viel zu großen Wertpapierportfolios« gedrängt. Doch kurz darauf ging die amerikanische Investmentbank Lehman pleite, und es kam auch noch die Wirtschaftskrise. »Ohne die wären wir vernünftigerweise durchs Jahr gekommen.«

Die Wirtschaftsprüfer von KPMG haben über 300 Verstöße in der Geschäftsorganisation der HSH Nordbank moniert. Es gab bis zum Ausbruch der Immobilienkrise im Jahr 2007 keine konkrete Strategie für das Kreditersatzgeschäft. Die Dokumentation der Handlungen und Entscheidungen von Vorstand und Aufsichtsrat waren völlig unzureichend. Businesspläne wurden im Umlaufverfahren genehmigt, und die Geschäftsorganisation war zu sehr marktorientiert. Es fehlte eine geschäftsfeldübergreifende Organisation in der Bank. Die interne Revision war unzureichend ausgestattet.

Diese Schwächen und Verstöße gegen bankrechtliche Regelungen wurden für das Jahr 2008 festgestellt, hatten sich aber in den Jahren davor aufgebaut. Ein Punkt, der in den Kritiken immer wieder auftaucht, ist das Kapitalgeschäft namens »Omega«. Dabei geht es um im Jahre 2008 abgeschriebene 500 Millionen Euro Verluste. Die HSH Nordbank verkaufte im Jahre 2007 ihre Immobilienkredite an ausländische Großbanken. Im Gegenzug musste die HSH Nordbank die Risiken einer Zweckgesellschaft, der »Omega Capital«, übernehmen - mit riesigem Verlust. Faule Kreditgeschäfte wie die hunderte Millionen schweren Omega-Kredite hätten wegen der Größe einer Sondergenehmigung bedurft, die aber nie eingeholt wurde. Somit waren die Kreditgeschäfte illegal.

Weitere interessante Informationen gibt es zum angeblichen Verschweigen des Kredits bei der Aufsichtsbehörde

- der Skandal liegt nicht im Verschweigen, sondern in der Genehmigungspflicht und dass ein solches Geschäft gemacht wurde. Denn Kreditgeschäfte von Banken sind grundsätzlich nicht genehmigungspflichtig. Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde kommt nur dann in Betracht, wenn ein Kredit eine gesetzliche Grenze verletzt. So gibt es zum Beispiel eine Einzelkreditobergrenze, die ein Kreditinstitut bei einem Kredit an einen einzelnen Kreditnehmer nicht überschreiten darf. Nur wenn eine davon verletzt wird, ist eine sogenannte Ausnahmegenehmigung erforderlich. Wenn also die HSH diese Ausnahmegenehmigung nicht eingeholt hat, hat sie ein Geschäft gemacht, das ihr aufgrund ihrer Größe verboten war, und das war dann auch noch faul.

All dies führte zu der bitteren Konsequenz: Die Vermögens- und Ertragslage der Bank war über Wochen unklar. Dies drückt nicht nur Pflichtverletzungen der Vorstände aus, sondern gleichfalls des Aufsichtsrates. Das Argument von Herrn Peiner, die Operation »Wetterfest« belege, dass er im Frühjahr 2008 auf eine Änderung der desolaten Zustände gedrängt habe, überzeugt nicht. Bereits im Herbst 2007, vor allem dem letzten Quartal, war die Bank existenziell gefährdet. Dies belegen die Aufsichtsratsprotokolle und die Ausarbeitung der internen Revision sowie der Jahresbericht der Wirtschaftsprüfer für das Jahr 2008 inklusive der eingeschlossenen vertieften Prüfungsschwerpunkte.

Der Jahresfehlbetrag von rund 2,8 Milliarden Euro wurde zum Jahreswechsel 2009 einfach auf Null gesetzt. Und trotz einer Finanzspritze von 17 Milliarden Euro aus dem SoFFin-Topf im vergangenen Jahr und einer Kapitalerhöhung um drei Milliarden Euro in diesem Jahr fuhr die HSH Nordbank, die 4.365 Mitarbeiter beschäftigt, mit Dependancen für Firmenkunden in den Steuerparadiesen Cayman Islands und den Kanalinseln in den ersten neun Monaten 2009 einen Verlust vor Steuern von 886 Millionen Euro ein. Die Bankenaufsicht BaFin in Bonn schaltete die Bilanzpolizei DPR (Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung) ein, die nun alle Geschäftsberichte aus dieser Zeit unter die Lupe nimmt.

Herr Peiner will sich durch allgemeine Aussagen eine Entlastung verschaffen. Er wird später erneut aussagen müssen und dann zu den verschiedenen Kritikpunkten, die eine Pflichtverletzung begründen.

Die angeschlagene HSH Nordbank hat Anfang Dezember 2009 ihre Abbaubank gestartet, d.h. mit staatlicher Unterstützung packt sie toxische Wertpapiere und ganze problematische Geschäftsfelder in eine besondere Anstalt. Passend zum Neustart in die Fortführung der Casino-Saison werden die Gehälter des Vorstandes angehoben. Bislang galt formell eine Deckelung der Bezüge auf 500.000 Euro im Jahr.

Auch in anderen Landesbanken ist die Grenze zu Bilanzfälschungen ernstlich getestet worden. Es gibt nicht mehr nur bei der HSH Landesbank Ermittlungsverfahren wegen schwerer Untreue und die Prüfung von Regressansprüchen gegenüber Vorstandsmitgliedern, gegen die zudem der Verdacht von schweren Pflichtverletzungen erhoben wird.

Mein Eindruck aus der Akteneinsicht: Der Hamburger Senat hat trotz dieser inzwischen bundesweit bekannten Ent-

Neujahrsmeeting statt Jahresendtreffen?



Im letzten BürgerInnenbrief hatten der Vorsitzende der Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Bernhard Stietz-Leipnitz, und ich zu einem gemütlichen Jahresendtreffen am 20. Dezember eingeladen. Die Resonanz darauf war sehr gering, und auch die zahlreichen sonstigen Feiern und Jahresrückblicke kurz vor Weihnachten lassen diesen Termin nicht unter einem guten Stern stehen. **Deshalb möchten wir diese Zusammenkunft hiermit absagen.** Ich überlege allerdings, ob wir ein solches Treffen nicht lieber zum Jahresanfang ansetzen sollten. Anderswo, nicht nur im Süden der Republik, wird das neue Jahr mit politischen Neujahrsversammlungen begrüßt, auf denen die Herausforderungen für das kommende Jahr erörtert und debattiert werden. Vielleicht wäre das auch etwas für uns? Es wäre schön, wenn es zumindest für diese Idee die eine oder andere Interessenbekundung gäbe...

wicklungen nie daran gearbeitet, die Gehaltsobergrenze in die Praxis umzusetzen. Jetzt sollen diese Jahresbezüge um einen bis zu 100.000 Euro betragenden Aufschlag für die Altersversorgung aufgestockt werden. Außerdem sollen die Vorstände schon jetzt, obwohl das Finanzinstitut weiter am Tropf der öffentlichen Finanzen hängt, Ansprüche auf später zu zahlende Boni erhalten können. Der schwarz-grüne Hamburger Senat akzeptiert dieses vom Aufsichtsrat der staatlich gestützten Landesbank vorgeschlagene Gehaltsmodell.

Jetzt wird also auch offiziell die Deckelung der Gehälter aufgehoben und die Wiedereinführung von Boni für das Führungspersonal akzeptiert. Dies ist eine wunderbare Weihnachtsbescherung: Den Krisenopfern in Hamburg werden über absurde Sparprogramme weitere Lasten aufgebürdet, allein die Erhöhung der Zuzahlung zum Kita-Essen von 60 Cent auf einen Euro spricht Bände. Auf der anderen Seite werden in einem Finanzinstitut, das im öffentlichen Eigentum ist und das auch im laufenden Jahr über eine Milliarde Euro Verlust schreiben wird (2008 = 2,8 Milliarden), die Vorstands-Gehäl-

ter auf wenigstens 600.000 Euro angehoben. Dies ist nicht nur ein gesellschaftspolitischer Skandal allererster Güte, diese Selbstdienungsmentalität in einer sozial tief gespaltenen Stadt ist nicht nur ein Hohn auf die politische Kultur, dies ist darüber hinaus auch eine grobe Missachtung der Beschlüsse der Hamburgischen Bürgerschaft.

Denn Bestandteil der Konstruktion der Kapitalerhöhung für die HSH Nordbank und des Finanzfonds waren die Auflagen für die Managergehälter. Dies betrifft zum einen die Deckelung der Jahresgehälter bei 500.000 Euro Jahr und den Verzicht auf Zahlungen von Boni, solange die Dividendenfähigkeit der Bank nicht wieder hergestellt ist. Auch vor dem Hintergrund der Herrn Nonnenmacher schon gewährten Bonuszahlung in Höhe von 2,9 Mio. Euro hatte DIE LINKE immer erhebliche Zweifel, ob diese Zusagen eingehalten werden. Insofern kann ich die jetzt akzeptierte Praxis bei der Entgeltpolitik der Bank nur als krasse Missachtung von Parlamentsbeschlüssen werten.

Gegen Streichkonzerte der besonderen Art



Bereits am 1. Mai 2009 demonstrierten GewerkschafterInnen gegen Sozialabbau

Nach wochenlangen Beratungen ist nunmehr die Liste der vorgesehenen Sparmaßnahmen Ende November bekannt geworden. Insgesamt plant der schwarz-grüne Senat, bis 2013 insgesamt 1,15 Mrd. Euro einzusparen.

Eine vorläufige Zusammenstellung der sozialpolitisch bedeutsamen Einschnitte hat die Gewerkschaft ver.di notiert, einige der gravierendsten seien hier angeführt. Danach ist vorgesehen, dass

- 259 Stellen von LehrerInnen an Gymnasien wegfallen;
- verschiedene berufsvorbereitende und teilqualifizierende Berufsbildungsmaßnahmen eingespart werden;
- das Angebot der Hortbetreuung auf Kinder bis zwölf Jahre begrenzt wird;
- vor acht und nach 16 Uhr gestaffelte Gebühren eingeführt werden;
- die Unterstützung für die »Hamburger Arbeit« (HAB), den größten städtischen Träger für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, sukzessive abgebaut wird;
- das Essensgeld im Krippen- und Elementarbereich von 0,60 auf 1,00 Euro pro Tag angehoben wird, im Hortbereich sogar auf 2 Euro;
- die ermäßigten Sätze für Hartz-IV-BezieherInnen von 80 Cent auf 1 Euro pro Tag in den Horten anwachsen;
- der ab 2010 vereinbarte Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung der Kinder ab zwei Jahren bis 2013 zurückgestellt wird;
- bisher in den Kitas und Horten geltende Ermäßigungen für behinderte Kinder wegfallen;
- im Schauspielhaus, Thalia-Theater und in der Staatsoper die Eintrittspreise angehoben werden;
- die HVV-Tarife erneut 2011 ansteigen;
- die Familienpass-Leistungen abgesenkt werden;
- die »Kosten der Unterkunft« (Miete, Heizkosten) für Arbeitslosengeld-II- und SozialhilfeempfängerInnen gekürzt werden.

Insgesamt sollen die gesetzlichen Leistungen nach Auffassung von Sozialsenator Wersich geringer ausfallen – bei wachsenden »Fallzahlen«; kräftig eingespart werden soll bei den Hilfen zur Erziehung, ebenso bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und bei den Pflegegeldleistungen. Hinzu kommt der geplante Stellenabbau allein in der Sozialbehörde in der Größenordnung von zehn Millionen Euro.

Besonders hart wird es auch Hamburgs sieben Bezirke treffen. Hier geht es um ein Einsparvolumen von 47,4 Mio. Euro bis zum Jahre 2013. ver.di befürchtet, dass diese Dimension den Abbau von bis zu 500 Stellen zur Folge haben wird.

Alleine der Bezirk Hamburg-Mitte muss im Jahr 2010 rund 1,377 Mio. Euro einsparen, 2011 sind es dann 2,046 Mio., im Jahre 2012 anwachsend 2,718, ein Jahr später 2,952 und 2014 schließlich 3,444 Mio. Euro weniger. Dabei sind die Mittel für die Bezirke seit 1994 bereits um 3.000 Stellen reduziert worden (von ehemals 10.000), und der Etat der Bezirksämter besteht zu 90% aus Personalkosten. Hier geht es zentral um die Reduzierung von Kundenzentren und Beratungsangeboten, Öffnungszeiten und sonstigen Serviceleistungen. Das »werde den Bürger direkt treffen«, zitiert das »Hamburger Abendblatt« vom 9.12.2009 Bezirksamtsleiter Markus Schreiber. Im vorletzten BürgerInnenbrief hatte ich den Bezirkskoalitionären von CDU und GAL Hamburg-Mitte noch zugute gehalten, dass sie in einem interfraktionellen Antrag vom 29.10.2009 »jeg-

liche Sparauflagen bei den Bezirken« kategorisch abgelehnt hatten. Doch bei der gemeinsamen Sparklausur der sieben BezirksamtsleiterInnen akzeptierte man schon mal den Abbau von 240 Stellen. Nix da mit kategorischer Ablehnung der Sparauflagen in den Bezirken!

Die Gewerkschaft ver.di hat nicht nur die »Rotstiftliste der Sparmaßnahmen« ins Netz gestellt und als zutiefst unsozial angeprangert (www.genugfueralle.de), sondern auch eine Unterschriftenliste für den nachstehenden Aufruf initiiert, der auf der Website unterzeichnet werden kann. Erstunterzeichner sind Vorsitzende der Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen großer betroffener Einrichtungen, Behörden und Bezirksämter.

Die soziale Spaltung nicht vertiefen: Es ist genug für alle da!

Hamburg ist reich. Hamburg muss nicht sparen. Es muss nur klug und solidarisch wirtschaften – und den Reichtum gerecht verteilen. In dieser Stadt werden Millionen und Milliarden angelegt, verbaut und investiert. In der Hafencity, an der Elbchaussee, an der Börse kann man besichtigen, wie viel privates Geld es in dieser reichen Stadt gibt. An den Baustellen der Elbphilharmonie und der U4 kann man sehen, dass es auch noch viel öffentliches Geld gibt. Es ist eine politische Entscheidung, ob von dem Reichtum Hamburgs auch alle Bürgerinnen und Bürger etwas haben.

Der Senat plant das größte Sparprogramm, das Hamburg je erlebt hat. Es drohen gewaltige Einschnitte in soziale Programme, in Qualifizierung und Kinderbetreuung, in Sicherheit und Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Wissenschaft, in die Arbeit der Bezirke und Stadtteile. Schutzschirme gibt es für die HSH Nordbank und Hapag Lloyd, aber Kinder, Eltern, Erwerbslose und Arme sollen die Zeche für die Krise zahlen, während die Banken und Börsenzocker bereits die nächste Spekulationsblase aufpusten. Dazu sagen wir Nein.

Hamburgs Haushaltsausgaben umfassen rund zehn Milliarden Euro. 600 bis 700 Millionen Euro will der Senat wegstreichen. Die Rekordverschuldung führt zu gigantischen Zinszahlungen an die Banken. Die beschlossene Schuldenbremse wird notwendige Investitionen in Bildung und Zukunft blockieren. Würde der Senat im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine gerechte Vermögensteuer sorgen, kämen jedes Jahr rund eine Milliarde Euro zusätzlich in die Kasse. Würde der Senat endlich genügend Steuerprüfer ausbilden und beschäftigen, könnten die Steuerhinterziehung im großen Stil gestoppt werden – jede Steuerprüfung bei einem Hamburger Millionär bringt 115.000 Euro zusätzlich in die Stadtkasse. Wir fordern eine solidarische Finanzpolitik und eine gerechte Steuerpolitik. Starke Schultern können mehr tragen als schwache.

Hamburg ist eine starke, kluge und solidarische Stadt. Sie wird sich wehren gegen ungerechte Antworten auf die Krise. Wir werden keine Ruhe geben, wenn Schindluder mit dem Steuergeld getrieben wird. Wir werden nicht hinnehmen, wenn unten genommen und oben gegeben wird. Wir sammeln ein Bündnis, das von den Kirchen bis zur Gewerkschaft reicht, von Stadtteil- und Kulturinitiativen bis zu großen Wohlfahrtsverbänden. Wir wollen den Protest in Hamburg und seinen Stadtteilen zusammen mit anderen organisieren. Wir fordern vom Senat, dass er endlich eine neue Politik einleitet, die oben nimmt und unten gibt.

Ein Spardiktat nehmen wir nicht hin. Wir sagen Nein zu jeder Kürzung, die die öffentliche Daseinsvorsorge und –fürsorge einschränkt. Wir sagen Nein zu jeder Privatisierung von notwendigen kommunalen Dienstleistungen. Wir sagen Ja zu einer Politik, bei der breite Schultern auch stärker belastet werden. Wir sagen Ja zu einer Politik, die bei der Bewältigung der Finanzkrise das Verursacherprinzip anwendet: Wer Schaden anrichtet, der soll dafür bezahlen. Wir stellen uns vor die Kinder und die Familien, die Arbeitnehmer und Erwerbslosen, die Migranten, Alten und Schwachen in der Stadt. Wir sagen: Es ist genug für alle da.

Dauerthema: preiswert Schwimmen lernen



Ein Dauerthema im Sportausschuss der Bürgerschaft sind die Lehrschwimmbecken. Hamburg verfügt über acht davon, sie stammen aus den 1960er Jahren. Sie haben eine Größe von 10 x 6 Meter und eine Wassertiefe von maximal 1,35 Meter, die Wassertemperatur bewegt sich zwischen 27 und 32 Grad Celsius. Genutzt werden sie von Kindern und SchwimmerInnen, aber auch von »ethnischen Gruppen, Behinderten und für den Rehabilitationssport« (Hamburger Abendblatt vom 9.10.2009).

Auf Grund der hohen Energie- und Unterhaltungs- und zwecks Abwälzung der nötigen Sanierungskosten hatte der Senat 2006 die acht Schwimmbecken zunächst Dritten überlassen und sich damit in einem ersten Schritt aus der Verantwortung zurückgezogen. Fünf Lehrschwimmbecken übernahm z.B. der »Hamburger Turnerbund von 1862 e.V.«; die Stadt kündigte die Verträge allerdings zum 1.4. bzw. 1.5.2008, da die Betriebskosten nicht entrichtet wurden. Der »Hamburger Schwimmverband« betrieb von Oktober 2008 bis Mitte Juli 2009 zwei Schwimmbecken, fuhr dabei aber ein Minus von rund 40.000 Euro ein. Obwohl die Lehrschwimmbecken offenbar auch gut nachgefragt werden, reichen die Einnahmen nicht aus, um den laufenden Betrieb, geschweige denn die Sanierung, aus Eigenmitteln der Vereine zu finanzieren. Gegenwärtig sind deswegen lediglich vier der Becken geöffnet.

Der Senat kündigte im Frühjahr 2009 – nach entsprechendem Druck in der Öffentlichkeit und im Parlament – an, alle acht Lehrschwimmbecken unentgeltlich an leistungsstarke Träger zu übereignen. Aus Mitteln des Konjunkturprogramms II sollten für die überfällige Sanierung zwei Millionen Euro bereitgestellt werden, obwohl schon zu diesem Zeitpunkt eine baufachliche Untersuchung des Hamburger Sportbundes (HSB) ergeben hatte, dass dafür mindestens 2,62 Mio. Euro nötig sind. Eine neuerliche Kostenberechnung des

HSB vom August 2009 läuft sogar auf einen Sanierungsbedarf von knapp 3,35 Mio. Euro hinaus. Was bedeutet, dass den zukünftigen Trägern 1,35 Mio. Euro alleine für die Sanierung aufgebürdet würden, von den Übertragungs- und laufenden Kosten einmal ganz abgesehen.

Die neueste Festlegung lautet nun, dass die Bezirke einen Teil der Restsumme für die Sanierung übernehmen. Eimsbüttel ist der erste Bezirk, der aus Eigenmitteln 150.000 Euro bereitstellen will, um die Lehrschwimmbecken im Turmweg (Rotherbaum), in der Paul-Sorge-Straße (Niendorf) und in der Lohkampstraße (Eidelstedt) zu retten (Hamburger Abendblatt vom 31.10./1.11.2009). Die vom HSB vorgenommene Berechnung sieht jedoch alleine für diese drei Becken einen Mittelbedarf von knapp 663.000 Euro vor. Die Zuweisung des Bezirks ist gut gemeint, aber würde nur etwa ein knappes Viertel der absehbaren Kosten abdecken. Den Rest hätten die Träger zu zahlen.

Dem Ziel, unter diesen Bedingungen die acht Lehrschwimmbecken (ursprünglich bis zum Juli 2009) zu privatisieren, ist der Senat bisher nur ansatzweise näher gekommen. Obwohl offenbar nicht nur gemeinnützige Träger aus dem Mitgliederkreis des HSB in Frage kommen, gibt es bisher längst nicht für alle Becken Bewerbungen. Das muss auch nicht verwundern, denn beim jetzigen Stand sollen den Trägern folgende Kosten aufgedrückt werden:

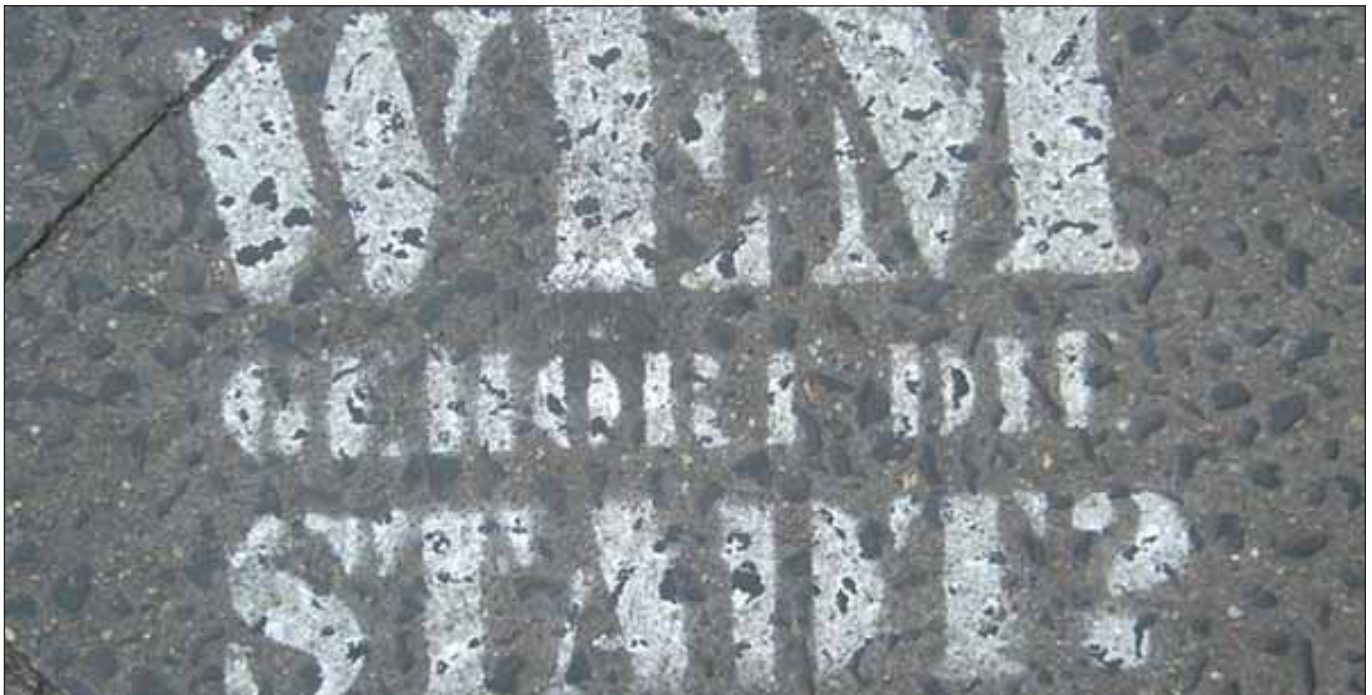
- 1,35 Mio. Euro für die Instandsetzung (minus die Beiträge der Bezirke);
- evtl. nochmals 100.000 Euro, weil die Stadt im Treuhandvertrag zur Übernahme ausgeführt hat, »für die Installation von Verbrauchsmesseinrichtungen und Außenbeleuchtung insgesamt eine Summe von 100.000 Euro« bereitzustellen, die gegebenenfalls von den zwei Millionen aus dem Konjunkturprogramm II noch einmal abgehen und mithin das Sanierungsdefizit entsprechend erhöhen würden;

- eine nicht unerkleckliche Summe im Zusammenhang mit der jeweiligen Eigentumsübertragung (Grunderwerbssteuer, Vermessungs- und Notarkosten, Grundbucheintragung); dabei handelt es sich keinesfalls um eine Marginalie, hat doch die Behörde für Schule und Berufsbildung erklärt, die Kosten für die Grunderwerbssteuer erst ab 30.000 Euro zu übernehmen;
 - die laufenden Betriebskosten, die ja durch Eintrittsgelder und Vermietungen von Hallenzeiten eingespielt werden müssten, was zu deutlich erhöhten Eintrittspreisen führen dürfte, die wiederum die Menschen (die ja sowieso eher aus Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen stammen) davon abhalten würde, die Einrichtungen zu nutzen.
- Die Konsequenz kann eigentlich nur sein, dass die Freie und Hansestadt Hamburg die Versorgung der acht Lehrschwimmbecken wieder in die eigenen Hände nimmt. Dies ist auch deswegen ein Muss, damit der katastrophalen Situation im Schulschwimmsport entgegengewirkt wird. Schwimmbäder und Lehrschwimmbäder gehören ebenso in die kommunale Verantwortung wie Sporthallen und -plätze! Nur so kann ein flächendeckendes Angebot zu günstigen Preisen gewährleistet werden.

Eine Privatisierung der Lehrschwimmhallen ist dagegen abzulehnen; sollte es trotzdem dazu kommen, darf den Trägern nicht die Last der Sanierung und der eigenständigen Sicherung des Betriebshaushalts aufgebürdet werden, denn damit wären drastische Erhöhungen der Eintrittspreise oder die Insolvenz von Vereinen vorprogrammiert.

SPD und LINKE drängen auf eine Lösung, die wohl nur mit erhöhten Zuschüssen zu haben ist. Der schwarz-grüne Senat dagegen will den HSB in die Verantwortung zwingen: der HSB soll, »falls erforderlich ... bei der Einrichtung zukunftsfähiger Trägerlösungen für alle acht Lehrschwimmbecken« unterstützt werden. Immerhin wird fixiert, dass die zur Verfügung stehenden zwei Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II in voller Höhe für die Sanierung verwendet werden sollen, während zuvor noch davon die Rede war, die Summe anteilig gegebenenfalls zu kürzen, wenn nicht für alle acht Lehrschwimmbecken gemeinsam eine Lösung gefunden wird. In der nächsten Sitzung des Sportausschusses werde ich mich dafür einsetzen, eine finanziell akzeptable Lösung für die zukünftigen Träger zu finden. Aber: es ginge auch grundlegend anders! Doch dafür reichen zur Zeit die Mehrheiten in der Bürgerschaft nicht.

Wem gehört die Stadt? Der Senat antwortet!



Inzwischen ist die Senatsantwort auf die Große Anfrage der LINKSFRAKTION zum Thema »Gentrifizierung oder: Aufwertung und Verdrängung in Hamburger Stadtteilen« eingegangen (nachzulesen unter www.buergerschaft-hh.de/parldok, Drucksache 4468 im Netz). Wir wollten mit der Anfrage mehr Informationen, Einschätzungen und Daten erhalten, um die Tendenzen der Aufwertung und Verdrängung in bestimmten innerstädtischen Vierteln besser beurteilen zu können und zugleich den aktiven Gruppen Material zu liefern, mit dem

sie noch besser gegen die Gentrifizierung argumentieren können.

Was sind die wesentlichen Ergebnisse der Senatsantwort? Der Senat lieferte reichlich Daten, mit denen die einseitig zu Lasten der Mieterschaft in mehreren Stadtteilen gehende Entwicklung veranschaulicht werden kann. Gleich einleitend zeigt der Senat Flagge: »Eine starre Festschreibung der jeweiligen Bevölkerungsmischung ist nicht gewollt und auch nicht möglich«. Und er spricht von einer »grundsätzlich gewollten

Attraktivitätssteigerung«. Allerdings sieht er – und dies dürften die um ihr Wohnrecht und ihren Verbleib in St. Pauli, St. Georg, im Schanzenviertel, Altona, Eimsbüttel usw. bangenden MieterInnen als offenen Affront ansehen – kaum Handlungsbedarf: »Gleichwohl gibt es keine Hinweise darauf, dass in diesen Vierteln aktuell »größere Teile der Einwohnerschaft« von Verdrängung bedroht wären.« Das werden die St. PaulianerInnen anders sehen, in deren Viertel die Mieten von 2005 bis 2009 um sage und schreibe 27,7% angewachsen sind. Oder die rund 400 Haushalte in St. Georg, denen in den vergangenen zehn Jahren die Bleibe im Zuge der Umwandlung ihrer Miet- in eine Eigentumswohnung genommen wurde.

Schauen wir uns nur einmal einige Daten genauer an:

- Die Neuvermietungsmieten im Hamburger Bestand frei finanzierter Wohnungen sind seit 2005 um 10%, in den vergangenen beiden Jahren alleine jeweils um durchschnittlich 3,7% angestiegen.
- Die Mieten in den innerstädtischen Quartieren wachsen schneller, alleine von 2005 bis September 2009 sind sie in St. Georg um 11,2%, in Ottensen und Altona-Altstadt um 12,2% und in St. Pauli sogar um 27,7% angewachsen.
- Bei der Vergabe von städtischen Grundstücken werden spätestens seit dem Jahre 2005 private Investoren und Eigentümer bevorzugt, während an Genossenschaften, Baugemeinschaften und soziale Träger nicht einmal 10% dieser Liegenschaften gegangen sind.
- Auf (ehemals) städtischen Liegenschaften ist mit 508.300 qm Bruttogeschossfläche zwischen 2002 und 2008 nahezu drei Mal so viel Gewerberaum entstanden wie für Wohnzwecke (173.800 qm), obwohl das Ziel einer »wachsenden Stadt« verfolgt wird und bis zu eine Million qm Bürofläche z.T. schon seit langem leer stehen.
- Die Anzahl der Höchstgebotsverfahren hat zugenommen, Wohnbaugenossenschaften haben de facto keine Chance, günstigen Mietwohnraum zu errichten.
- Die Zahl der neu errichteten Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau auf (ehemaligen) Grundstücken der Freien und Hansestadt Hamburg ist von 2.058 im Jahre 1999 auf 341 im Jahr 2009 (I. bis III. Quartal) zurückgegangen.
- Die Zahl der Sozialwohnungen ist von 150.172 (2000) auf 105.873 (2009) um nahezu ein Drittel abgeschmolzen, obwohl die Bevölkerung in diesem Zeitraum um rund 70.000 Menschen angewachsen ist und die Armut sprunghaft zugenommen hat: Die Zahl der TransferleistungsempfängerInnen ist im vergangenen Jahrzehnt um ca. ein Drittel angewachsen.
- In den innerstädtischen, besonders in den vom Prozess der Gentrifizierung betroffenen Stadtteilen sinkt die Anzahl der MigrantInnen (in St. Pauli z.B. von 9.125 im Jahre 2000 auf 5.528 Ende 2008), der Kinder und Familien. Gleichzeitig nimmt hier der Anteil der Single-Haushalte zu und beträgt in St. Georg mittlerweile rund 66%.

Die Antwort auf die Große Anfrage macht auch deutlich, dass die mit dem Begriff Gentrifizierung bezeichneten Prozesse der Aufwertung und Verdrängung auf Senatsebene gerade erst angekommen zu sein scheinen. Wichtige Indikatoren für

die Stadtteilentwicklung wie z.B. Angaben über die Einkommensverhältnisse werden offenbar nur im Zehn-Jahres-Rhythmus erhoben; über die Zahl der Single-Haushalte und derjenigen mit Kindern, die Veränderungen des Mietniveaus, die Zahl der Eigentumswohnungen, der Eigentumsquote und der Abgeschlossenheitserklärungen (eine solche vom Bezirk ausstellende Bescheinigung geht der Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung notwendig voraus) ist angeblich überhaupt nichts bekannt.

DIE LINKSFRAKTION hatte das Thema auf die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am 9. Dezember setzen lassen, es kam erst gegen 22 Uhr zur Sprache, als die MedienvertreterInnen schon lange das Parkett verlassen hatten. Allerdings hatte die hamburgische Tagespresse zuvor die Große Anfrage und die Senatsantwort zum Anlass genommen, breit über die Problematik zu berichten. Und: Einen Tag nach Veröffentlichung der Senatsantwort legte die CDU-GAL-Koalition den Antrag »Stadtentwicklung mit Weitsicht – Quartierstrukturen erhalten und stärken« vor, die SPD folgte mit dem Antrag »Quartiere mit Aufwertungsdruck brauchen Schutzschirm gegen Verdrängung!« Auch DIE LINKE brachte ein Forderungspapier ein, das zwar noch nicht alle Punkte im Kampf gegen die weitere Gentrifizierung großer Teile der Innenstadt erfasst, aber doch wesentliche Aspekte für die weitere Auseinandersetzung auflistet (nachzulesen unter www.buerger-schaft-hh.de/parldok, Drucksache 4792 im Netz).

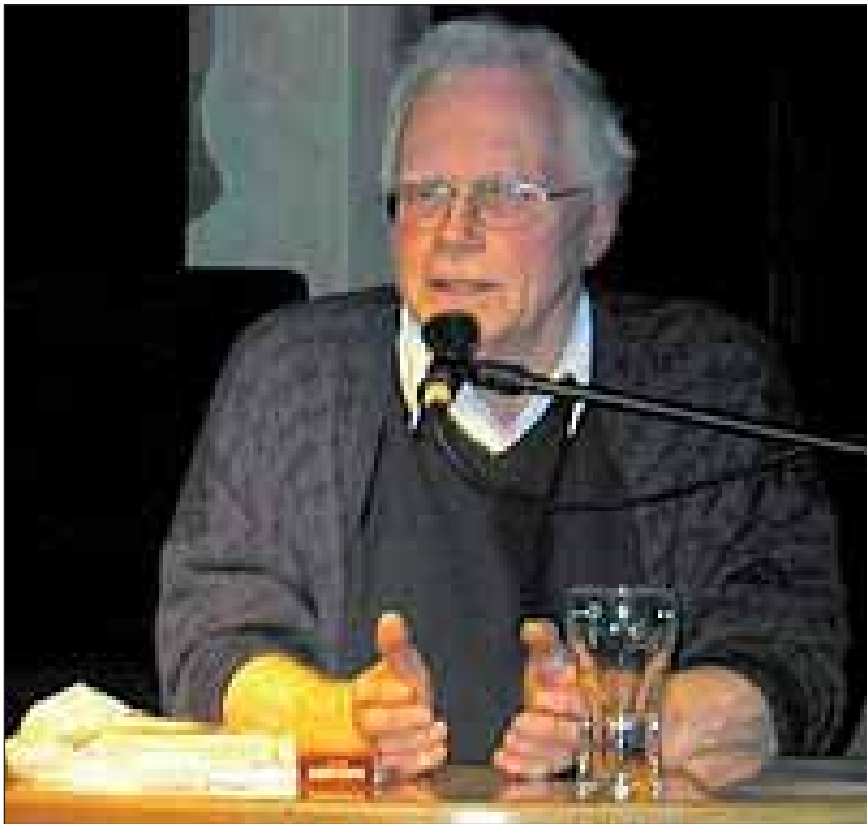
Die Problematik der Gentrifizierung hat ein solches Ausmaß und politisches Gewicht gewonnen, dass alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien es nunmehr Ernst nehmen. Ich will an dieser Stelle die Widersprüche in den aktuellen Positionsbestimmungen und dem faktischen bisherigen Umgang mit dem Problem seitens SPD und GAL nicht weiter thematisieren. Am überraschendsten ist die Positionsveränderung der CDU, die – zusammen mit der Schill-Partei kaum in Senatsverantwortung gekommen – die bereits durchaus erfolgreichen Sozialen Erhaltungssatzungen für Eimsbüttel-Nord/Hoheluft-West und Barmbek-Süd/Uhlenhorst Ende 2003 aussetzte. Nunmehr hat sie – wie auch GAL und die Oppositionsparteien in ihren Bürgerschaftsanträgen – zumindest die Prüfung von Sozialen Erhaltungssatzungen aufgenommen (die Möglichkeiten, die Soziale Erhaltungssatzungen bieten, wird DIE LINKE in der Bürgerschaft detailliert in einer Broschüre darstellen, die noch in der nächsten Woche vorliegen wird und auch über die Website www.linksfraktion-hamburg.de heruntergeladen werden kann).

Dass in den etablierten Parteien damit begonnen wird, über die Probleme von Gentrifizierung nachzudenken, ist vor allem eine Reaktion auf das Netzwerk **Recht auf Stadt. Dieses bereitet für den 18. Dezember (16.30 Uhr ab Moorweide) eine »Parade« vor.** Der Aufruf »Gegen ein Unternehmen Hamburg! Für eine grundsätzlich andere – soziale und gerechte – Stadt!« (im letzten BürgerInnenbrief dokumentiert) ist mittlerweile von rund 80 Stadtteilinitiativen und Vereinen, von ver.di und GEW unterzeichnet worden. **Auch der Landesverband der LINKEN und die LINKSFRAKTION rufen zur Beteiligung an dieser Demonstration auf.**

»Bitte keine Staatsgläubigkeit«

Über Linkssozialismus

Ein Gespräch mit Arno Klönne



Sie sprechen am 11.12. zur Eröffnung der Duisburger Konferenz über Linkssozialismus. Der Titel der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW lautet: »Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?« Steht uns eine neue linke Parteigründung bevor?

Um Himmels willen – nur das nicht. Es geht vielmehr um analytische Nachholarbeit zur Geschichte linker Bewegungen. Üblicherweise konzentriert sich der Blick in diese Historie auf die Sozialdemokratie und den Parteikommunismus, und mitunter werden dann noch »Zwischengruppen« ins Auge gefasst. Diese Sichtweise lässt außer acht, dass es in der Geschichte der Arbeiterbewegung höchst bemerkenswerte Positionen und Aktivitäten gab, die sich in ihrer Substanz kritisch verhielten, sowohl gegenüber dem sozialdemokratischen als auch gegenüber dem parteikommunistischen Weg. Der Begriff »Linkssozialismus« deutet diesen Anspruch auf eine Alternative an. Er ist nicht organisatorisch zu verstehen; »linkssozialistisch« in diesem Sinne agierten auch viele Mitglieder sozialdemokratischer oder kommunistischer Parteien, gerieten damit freilich in innerparteiliche Konflikte.

Diffuse Unzufriedenheiten also und der berühmte Wunsch nach einem »dritten Weg«. Oder ist ein gemeinsamer Kern linkssozialistischer Nonkonformität zu erkennen?

Die Rede vom »dritten Weg« hat etwas Zahlenmythologisches, darauf sollte man besser verzichten. In der Sache lässt sich

linkssozialistischer Widerspruch, gerichtet auf die dominante geschichtliche Praxis von sozialdemokratischen wie auch kommunistischen Parteien, folgendermaßen kennzeichnen: Typisch parteikommunistisch ist, in der Realgeschichte, der Versuch, der eigenen Partei die alleinige regierende Macht zu verschaffen und dann die gesellschaftlichen Strukturen per Dekret umzuwälzen – ohne Rücksicht auf Volkssouveränität als permanenten Prozess. In beiden Fällen handelt es sich um den Irrglauben an die Machtvollkommenheit des Staates, allerdings ganz unterschiedlich ausgefüllt. Linkssozialistische Kritik zielt ab auf die äußerst unbequeme Überlegung: Was eigentlich kann Demokratie sein – in einem Politikverständnis, das über den Kapitalismus hinausdenkt und ihm im Klassenkonflikt Terrain streitig macht.

Linkssozialismus also als Erinnerungsarbeit und Denkübung – wo bleibt da der aktuelle Handlungsbezug?

Der sozialdemokratische Entwurf zur Zählung des Kapitalismus ist vor der Geschichte blamiert, der parteikommunistische Versuch, dem Kapitalismus

»Systemkonkurrenz« zu machen, historisch auf schlimme Weise gescheitert. Nach meinem Eindruck ist die Tragweite dieser Niederlagen in der Linken insgesamt keineswegs hinreichend bewusst und bedacht. Da ist Nachdenken über bittere historische Erfahrungen und Erinnern an konzeptionelle Alternativen sehr nützlich. Aber es geht auch darum, sich in die gegenwärtigen Diskussionen auf der Linken einzumischen. Aus der Tradition des Linkssozialismus lässt sich manches produktiv machen für eine gründliche Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen oder grünen Illusionen staatlicher »Mitgestaltung«. Und auch für die Debatte innerhalb der Partei, die sich »Die Linke« nennt und, so sehe ich es, in Versuchung ist, denselben illusionären Politikmustern sich anzuschließen. Der Begriff »links« wird zur leeren Hülse, wenn er sich nicht mit der entschiedenen Kritik stetiger Demontage von Demokratie und der Anstrengung verbindet, Volkssouveränität überhaupt erst einmal zu entwickeln. Von »oben« ist nichts zu erhoffen – selbst dann nicht, wenn es mal von rosa-roten Ministern wimmeln sollte.

Im Vorfeld der Konferenz, an der auch ich mich mit einem Beitrag zum Thema »Linkssozialismus zwischen Wirtschaftsdemokratie und Rätessystem« beteiligt habe, hat Carsten Schmitt in der »jungen Welt« vom 11.12.2009 dieses Interview mit Arno Klönne (emeritierter Professor für Soziologie) geführt.

Gute Wünsche und eine Bitte zum Jahresende

Dies ist, wenn ich richtig gezählt habe, die 35. Ausgabe des BürgerInnenbriefs. Begonnen habe ich mit der Berichterstattung über die Bürgerschaft, über die Initiativen der LINKS-FRAKTION und meine eigenen Arbeitsfelder im März 2008. Ich wollte damit versuchen, über Aktivitäten von bewegten BürgerInnen und Initiativen in meinem Wahlkreis zu berichten und zugleich mehr Transparenz zu schaffen und auch Inneneinblicke in die Arbeit des Hamburger Feierabendparlaments, der Bürgerschaft, zu gewähren. Sämtliche Ausgaben – sie umfassen mittlerweile knapp 250 Seiten mit Berichten, Analysen und Kommentaren – sind im Internet unter www.links.fraktion-hamburg.de dokumentiert.

Die 35 BürgerInnenbriefe hätten ohne das Engagement und die Aktivitäten meines wissenschaftlichen Referenten Michael Joho und der für Stadtentwicklung und Verkehr zuständigen Fraktionsmitarbeiterin Antje Schellner nicht entstehen können. Ihnen sei auf diesem Wege zum Jahreswechsel ebenso gedankt wie meinen KollegInnen im VSA: Verlag und der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus im St. Georgs Kirchhof, die mich bei Technik und Verbreitung unterstützen.

Wer arbeitet gern für den Papierkorb? Insofern sind alle Beteiligten brennend daran interessiert zu erfahren, ob der BürgerInnenbrief denn überhaupt gelesen wird und wie er bei den LeserInnen ankommt. Ist er verständlich, informativ und stellt er tatsächlich ein wenig Transparenz her? Nun können wir nicht alle direkt befragen, die mich und meine MitarbeiterInnen auf das eine oder andere bereits angesprochen haben.

Deshalb möchte ich die LeserInnen des BürgerInnenbriefes darum bitten, sich an einer kleinen Umfrage zu beteiligen und den untenstehenden Fragebogen möglichst zahlreich auszufüllen.

Es gibt nichts zu gewinnen außer neuen Erkenntnissen. Karl Marx hatte in einem Fragebogen, den ihm seine Tochter einmal vorgelegt hatte, als Lieblingsmotto »De Omnibus dubitandum« – An allem ist zu zweifeln« notiert. Das kommt meiner Auffassung ziemlich nahe, und insofern würde ich mich auch über zusätzliche kritische Zeilen freuen, denn aus denen kann man neue Erkenntnis vermutlich am ehesten ziehen (falls jemand Lob spenden möchte, geht das auch).

Diejenigen, die mit den elektronischen Medien gut vertraut sind, kopieren Fragen/Antworten aus der pdf-Datei bzw. dem Mail-Anschreiben, fügen kritische Bemerkungen hinzu und schicken sie mir per E-Mail (Joachim.Bischoff@t-online.de). Alle anderen schneiden den Fragebogen aus und schicken ihn ausgefüllt per Briefpost an das BürgerInnenbüro der LINKEN Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.

Ich bedanke mich für eine hoffentlich rege Beteiligung und werde berichten. Mein Dank richtet sich auch an alle diejenigen, die mit einem Gast-Beitrag geholfen haben. Und ich danke all denjenigen, mit denen ich im vergangenen Jahr kooperiert habe, die mich auf Probleme und Fragen aufmerksam gemacht und damit geholfen haben, sie im Interesse der Menschen zur Sprache zu bringen. Ich wünsche allen ein paar entspannende und geruhige Feiertage und einen guten Rutsch in das Jahr 2010!
Joachim Bischoff

Joachim Bischoff | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft | Wahlkreis HH-Mitte 1 | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg
Telefon 0174 / 336 43 34 | E-Mail: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de

Fragebogen (Mail an joachim.bischoff@t-online.de; Post an DIE LINKE, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg)

- | | | | |
|--------------------------------|---|--|--|
| Ich lese den BürgerInnenbrief | <input type="checkbox"/> von vorne bis hinten | <input type="checkbox"/> nur einzelne Artikel | <input type="checkbox"/> ganz unregelmäßig |
| Zwei Briefe im Monat sind | <input type="checkbox"/> zu viel | <input type="checkbox"/> zu wenig | <input type="checkbox"/> gerade richtig |
| Umfang von 8 bis 12 Seiten ist | <input type="checkbox"/> zu viel | <input type="checkbox"/> zu wenig | <input type="checkbox"/> gerade richtig |
| Die einzelnen Texte sind | <input type="checkbox"/> zu lang | <input type="checkbox"/> zu kurz | <input type="checkbox"/> gerade richtig |
| Die Beiträge sind | <input type="checkbox"/> verständlich | <input type="checkbox"/> oft schwer verständlich | <input type="checkbox"/> mit zu vielen Fremdworten |
| Bilder und Fotos sind | <input type="checkbox"/> überflüssig | <input type="checkbox"/> zu wenig | <input type="checkbox"/> gerade richtig |
| Ich möchte mehr | <input type="checkbox"/> Fakten | <input type="checkbox"/> Positionsbestimmungen | <input type="checkbox"/> Originaldokumente |
| Fremd-/Gastbeiträge bitte | <input type="checkbox"/> mehr | <input type="checkbox"/> weniger | <input type="checkbox"/> auch mal von mir (Name dazu!) |
| Infos über DIE LINKE gibt es | <input type="checkbox"/> zu wenig | <input type="checkbox"/> zu viel | <input type="checkbox"/> gerade richtig |
| Ich folge den Kultur-Tipps | <input type="checkbox"/> häufig | <input type="checkbox"/> manchmal | <input type="checkbox"/> nie |

Diese Themen kommen zu häufig vor: _____

Diese Themen kommen zu selten vor: _____

Kritische Zeilen (und Lob): _____

Kultur Tipp: Marx-Saga



Bereits seit Ende Oktober läuft im Thalia-Theater im Rahmen der Reihe »Politische Hoffnungsträger der jüngeren Vergangenheit« das Stück »Die Marx-Saga«. Verfasst wurde es bereits im Jahre 1996 vom spanischen Autor Juan Goytisolo, der sich in seinem Werk nicht zuletzt intensiv mit der Volksfront 1936/39 und der Franco-Ära beschäftigt hat. Im Mittelpunkt der Inszenierung von Christiane Pohle steht der optisch in der Aufführung gut getroffene Karl Marx, aber auch Jenny und die ganze Familie treten in Erscheinung. Goytisolo versetzt den bärtigen Veteranen in die Jetztzeit, in der es bald überdrüssig ist, sich ständig für die Regime des »realen Sozialismus« zu entschuldigen. »Die Welt« geißelte die Aufführung als »einen zutiefst belanglosen Abend von erheblicher narkotisierender Wirkung«. Das klingt doch interessant, auch deswegen, weil Karl Marx spätestens seit der neuerlichen Krise des kapitalistischen Systems wieder diskutiert wird. Im letzten oder vorletzten Jahr erreichte die von Rolf Becker aufgezeichnete Lesung des »Kommunistischen Manifests« in Nordrhein-Westfalen die höchste Auflage einer CD überhaupt. Das ist doch schon was!

Am Freitag, dem 8. Januar, 20 Uhr, lädt DIE LINKE zu einem gemeinsamen Besuch dieses Stücks ein – mit dem Vorteil, dass man im Anschluss eine Diskussion mit dem Dramaturgen Malte Ubenauf miterleben kann. Und wer sich bis zum 22. Dezember per E-Mail unter linkekulpol@web.de oder te-

lefonisch unter der Nummer 28 80 67 78 meldet, kann auch noch den Vorzugspreis von 8 Euro in Anspruch nehmen. Dafür ist es aber nötig, durch die Anmeldung das Codewort zu erfahren und rechtzeitig, d.h. um 19.45 Uhr, die Eintrittskarte(n) an der Abendkasse abzuholen.

Im Übrigen ein guter Anlass, auf die neu gebildete Arbeitsgruppe Kulturpolitik der LINKEN hinzuweisen, die sich das nächste Mal am 26. Januar 2010 um 18.30 Uhr im Fraktionsbüro der LINKEN in der Curienstraße 2 trifft.

FC St. Pauli: noch ein Nachtrag

Tatsächlich, es gibt nicht nur die in den beiden letzten BürgerInnenbriefen vorgestellten Bücher zum 100. Geburtstag des FC St. Pauli, es gibt noch (viel) mehr. Der Vollständigkeit und der ausgleichenden Gerechtigkeit halber seien deswegen noch drei weitere Titel genannt:

- Ronny Galczynski/Bernd Carstensen: FC St. Pauli Vereinszyklopädie. 24,90 Euro.
- René Martens: Wunder gibt es immer wieder. Die Geschichte des FC St. Pauli. 14,90 Euro.
- René Martens: Niemand siegt am Millerntor. Die Geschichte des legendären St. Pauli-Stadions. 24,90 Euro.

Alles erschienen im sportversessenen Verlag Die Werkstatt, Göttingen. Jetzt ist aber Ruhe mit St. Pauli, sonst wird vor lauter Leserei der Aufstieg noch verspielt.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**